

24.11.2016

Gewalt ist eine alltägliche Erfahrung von Frauen, auch in Deutschland **Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen**

*Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2016 erklärt **Henny Engels, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Frauen erleben tagtäglich Gewalt. Sie erleben physische und sexualisierte Gewalt mit bisweilen tödlichen Folgen. Diese Gewalt richtet sich gegen die Würde und Selbstbestimmung von Frauen, ihr Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit und eigenmächtige Gestaltung ihres Lebens. Gewalt als gravierendste und gefährlichste Form der Diskriminierung wurzelt in Sexismus, in Rassismus oder auch in Feindlichkeit gegenüber Transfrauen, Lesben und bisexuellen Frauen. Statistisch gesehen erfahren Frauen Gewalt am häufigsten im persönlichen Nahfeld, d.h. sie kennen oftmals die Täter/innen. Bei lesben- und transfeindlicher sowie rassistisch motivierter Gewalt kommen vermehrt Angriffe im öffentlichen Raum hinzu. Diese Gewalt muss ausnahmslos ernst genommen, strafrechtlich verfolgt und präventiv bekämpft werden, statt sie nur gelegentlich für andere politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Frauen sind von Gewalt bedroht bzw. erfahren sie, wenn sie sich gegen gesellschaftliche Zwänge auflehnen; wenn sie nicht das tun, was von ihnen erwartet wird; nicht so aussehen, wie „deutsche“ Frauen angeblich auszusehen haben; nicht in den Partnerschaften leben, die für sie angeblich natürlich sind. Allerdings: Stets das zu tun, was verlangt und erwartet wird, schützt auch in keiner Weise davor, Opfer von Gewalt zu werden. Letztlich führt nur die Durchsetzung der Menschenrechte für alle Menschen zu einem gleichberechtigten, diskriminierungs- und angstfreien Miteinander.

Bezüglich Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität fordert der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) die seit 2013 im Koalitionsvertrag versprochene Umsetzung der Erweiterung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus um die Themen Homo- und Transphobie. Der LSVD fordert einen nationalen Aktionsplan, der Hetze und Gewalt durch Prävention und konsequente Strafverfolgung wirksam entgegentritt, engagiert für Respekt und Vielfalt eintritt und endlich auch in Deutschland gleiches Recht schafft. Dafür hat der LSVD zusammen mit weiteren Organisationen ein gemeinsames [Eckpunktepapier \[http://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html\]](http://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html) erarbeitet.

So braucht es u.a. ein Bund-Länder-Programm gegen homo- und transphobe Gewalt. Es sollte ein realitätsgenauerer polizeiliches Lagebild über das Ausmaß in Deutschland ermöglichen und zielgenaue Maßnahmen zur Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz umfassen. Die statistische Erfassung und das öffentliche Monitoring von Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI) Menschen muss endlich auf eine solide und diskriminierungsfreie Basis gestellt werden, da die bisherige Erfassung beim Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch Motivierte Kriminalität (KPMd-PMK) ganz offensichtlich nur einen Bruchteil der einschlägigen Hasskriminalität berücksichtigt. In den

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



gesetzlichen Bestimmungen zur Hasskriminalität müssen endlich ausdrücklich auch LSBTI-feindliche Motive benannt werden.

Wichtig ist zudem, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit nicht isoliert, sondern im Sachzusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung anderer Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angegangen werden. Das eröffnet eine intersektionale Perspektive, die der Vielfalt von LSBTI Rechnung trägt und auch Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.